

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

63. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 25. September 2003

Tagesordnungspunkt 3: Berufliche Bildung

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Berufsausbildung, über diesbezügliche Probleme und Vorhaben reden, dann geht es immer auch um Zahlen. Auch ich werde zwei, drei Zahlen bemühen, aber erst einmal geht es mir um etwas Weitergehendes.

Ich kenne Jugendliche, die sich zehn bis einhundert Mal um einen Ausbildungsplatz bewerben und immer wieder **Absagen** erhalten, sofern man ihnen überhaupt antwortet. In ihnen reifen Enttäuschung, Frust, Resignation. Das ist die menschliche Dimension des Themas Berufsausbildung. Darüber ist hier zu reden, zumal das Problem nicht neu ist.

Seit Jahren gibt es weniger Lehrstellen als Bewerberinnen und Bewerber, allemal in Betrieben. Diese Differenz muss tiefer liegende Ursachen haben und das wissen Sie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer jedoch die Konjunktur zum Dreh- und Angelpunkt der Ausbildung macht, der befördert einen Doppelfehler. Zum einen signalisiert er den betroffenen Jugendlichen: Weil die Konjunktur schlecht ist, gehört deine Generation zu den Verlierern, du bist zur falschen Zeit geboren und damit überflüssig; zum anderen widerspricht die **Konjunkturbegründung** der von links bis rechts anerkannten Tatsache, dass Bildung eine, wenn nicht gar *die* Zukunftsfrage ist. Mehr noch: Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Sie sind zu gewähren und nicht etwa zu beschränken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ebenso falsch sind Vorstöße, **Ausbildungszeiten** zu straffen und auf bestimmte Inhalte zu verzichten, etwa auf Wirtschaftskennnisse oder Sozialkompetenz. Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wohin soll das führen? Wir wollen doch keine lebenden Roboter, wir wollen kluge Fachleute.

Die PDS im Bundestag teilt deshalb die Ansprüche, die von Bildungsexperten, von weiter blickenden Unternehmern und auch von Gewerkschaften erhoben werden. Wir brauchen eine große Reform, um die Qualität der Ausbildung zu heben. Übrigens haben die Gewerkschaften ihre Ausbildungskampagne mit dem Zusatz versehen: **Reform** ist, wenn es besser wird. Früher hätte man gesagt: Das weiß man doch. Aber ich muss zugeben, seit Rot-Grün den Reformbegriff permanent umdeutet und Schlechtes als gut verkauft, ist diese Erinnerung wohl richtig und überfällig.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun komme ich wie versprochen auf die wenigen Zahlen zurück. Es gab Ende August rund 168 000 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchten, und es waren knapp 55 000 freie Stellen im Angebot. Rein rechnerisch

heißt das: Zwei von drei, die noch suchen, können die Hoffnung auf eine gute Ausbildung in den Wind schreiben. In manchen Regionen sind es sogar neun von zehn, allemal im Osten der Republik. Das programmiert **Auslese**, es zwingt Jugendliche in die Ferne und entvölkert ganze Landstriche.

Nun hörten wir in den letzten Wochen von der FDP, mehr Jugendliche sollten ihr Glück im Ausland suchen und sich doch dort ausbilden lassen.

(Cornelia Pieper [FDP]: Wer war denn das?)

Mit Verlaub, Sie bleiben die Partei der Besserverdienenden und sind damit auch die Partei der Zyniker. Das Problem lösen Sie mit dieser Empfehlung überhaupt nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun noch zu einem Ereignis, welches wir in dieser Woche in Berlin erleben durften und welches selbst in Berlin nicht alle Tage zu besichtigen ist. Der **BDI** hatte zum Reformkongress und obendrein zu einer Kundgebung unter freiem Himmel geladen. Wer wirklich Sorgen hat, arbeitslos ist oder eine Lehrstelle sucht, konnte sich dort vortrefflich wundern. Da standen gut betuchte Herren und wenige Damen herum, die einen mit einem Sektkelch, die anderen mit Kofferträgern, und alle forderten gemeinsam: Den Reformstau auflösen!

Ich finde auch, dass der Reformstau aufgelöst werden sollte. Deshalb war auch die PDS dabei, jenseits der Absperrung. Unsere Forderung hieß: Reformstau auflösen – Umlagefinanzierung jetzt!

Dabei bleiben wir. Wer ausbilden könnte und nicht ausbildet, der soll endlich einen **Solidarbeitrag** für jene leisten, die ausbilden, obwohl es ihnen finanziell schwer fällt. Das ist – wir erinnern uns – eine Uraltforderung der SPD. Selbst Bundeskanzler Schröder hat sie schon drohend in den Raum gestellt. Nur, dort steht sie nun herum, diese Drohung, wie bestellt und nicht abgeholt.

Am 30. September, also in knapp einer Woche, endet die **Lehrstellenkampagne 2003**. Sie war durchaus werbetätig inszeniert, um Minister Clement ins grelle Licht zu stellen, aber sie löst nicht die bestehenden Defizite.

(Nicolette Kressl [SPD]: Sie hat Ausbildungsplätze gebracht!)

Deshalb wiederhole ich: Die PDS im Bundestag drängt auf eine Reform in der Berufsausbildung und wir bestehen auf einer Ausbildungsumlage, um insbesondere die großen Unternehmen wieder in die soziale Verantwortung zu zwingen.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])